
EU-Kommission will Batterieproduktion vorantreiben

Von Hans-Robert Richarz

Parallel zur Weltklimakonferenz in Bonn im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Reduzierung der CO₂-Abgase von Personenwagen und leichten Nutzfahrzeugen veröffentlicht. Bisher gilt in der EU ab 2021 ein durchschnittlicher Grenzwert für neue Pkw von 95 Gramm pro Kilometer. Der neue Gesetzesvorschlag deckt nun den Zeitraum bis 2030 ab. Anders als bisher wird kein absolutes CO₂-Ziel, sondern eine prozentuale Verringerung definiert.

Danach sollen Neuwagen ihren Ausstoß im Schnitt bis 2030 um 30 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr 2021 senken. Als Zwischenziel soll bis 2025 der durchschnittliche CO₂-Ausstoß um 15 Prozent sinken.

Absolut gesehen müssten die Kohlendioxid-Emissionen danach bis 2030 jährlich um 2,8 Gramm je Kilometer auf 67 g/km sinken, die Vorgabe von minus 15 Prozent für 2025 würde einem Zielwert von etwa 81 Gramm entsprechen. Diese Zahlen gelten für die durchschnittliche Flotte eines Herstellers und liegen ohne einen beträchtlichen Anteil besonders emissionsarmer oder emissionsloser Fahrzeuge, sprich Hybrid- oder Vollelektroautos, nach heutigem Stand im Bereich der Fiktion. Deshalb sollen nach dem Willen der EU in sieben Jahren 15 Prozent aller verkauften Neuwagen eines Herstellers emissionsarm sein, fünf Jahre später 30 Prozent. Verkauft ein Produzent mehr solcher Fahrzeuge erhält er einen Bonus und sein Flottenziel wird um bis zu fünf Prozent gemindert.

Solch ehrgeizige Ziele sind leichter zu erreichen, wenn Europa möglichst schnell eine eigene wettbewerbsfähige Batterie-Produktion auf die Beine stellt. Weil Millionen dieser Elektrizitätsspeicher gebraucht werden, könnte daraus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor entstehen.

Die Europäische Kommission hat deshalb zu einem Treffen zur Batterieentwicklung und -produktion eingeladen. Kommissionsvizepräsident Maro Štefanič und Vertreter aus EU-Mitgliedstaaten sowie von Finanzinstitutionen wollen am 22. und 23. Februar im Rahmen der EU-Industrietage über einen Fahrplan für eine EU-Batterieallianz beraten.

Die Initiative zielt darauf ab, die Lücke in der Wertschöpfungskette bei der Batterieproduktion zu schließen und Maßnahmen zu beschließen, die nötig sind um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten. Zudem bietet die neue Industriepolitik Vorschläge für saubere, wettbewerbsfähige und vernetzte Mobilität, die verschärfte CO₂-Emissionsstandards für Autos und Autobusse beinhaltet. Außerdem soll ein Aktionsplan für die Infrastruktur alternativer Brennstoffe die Entwicklung der Ladeindustrie und autonomes Fahren unterstützen. (ampnet/hrr)

Bilder zum Artikel



Europäische Batterieallianz.

Foto: Auto-Medienportal.Net/EU